

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Noch ein sommerliches Kulturereignis – direkt «vor der Haustür»

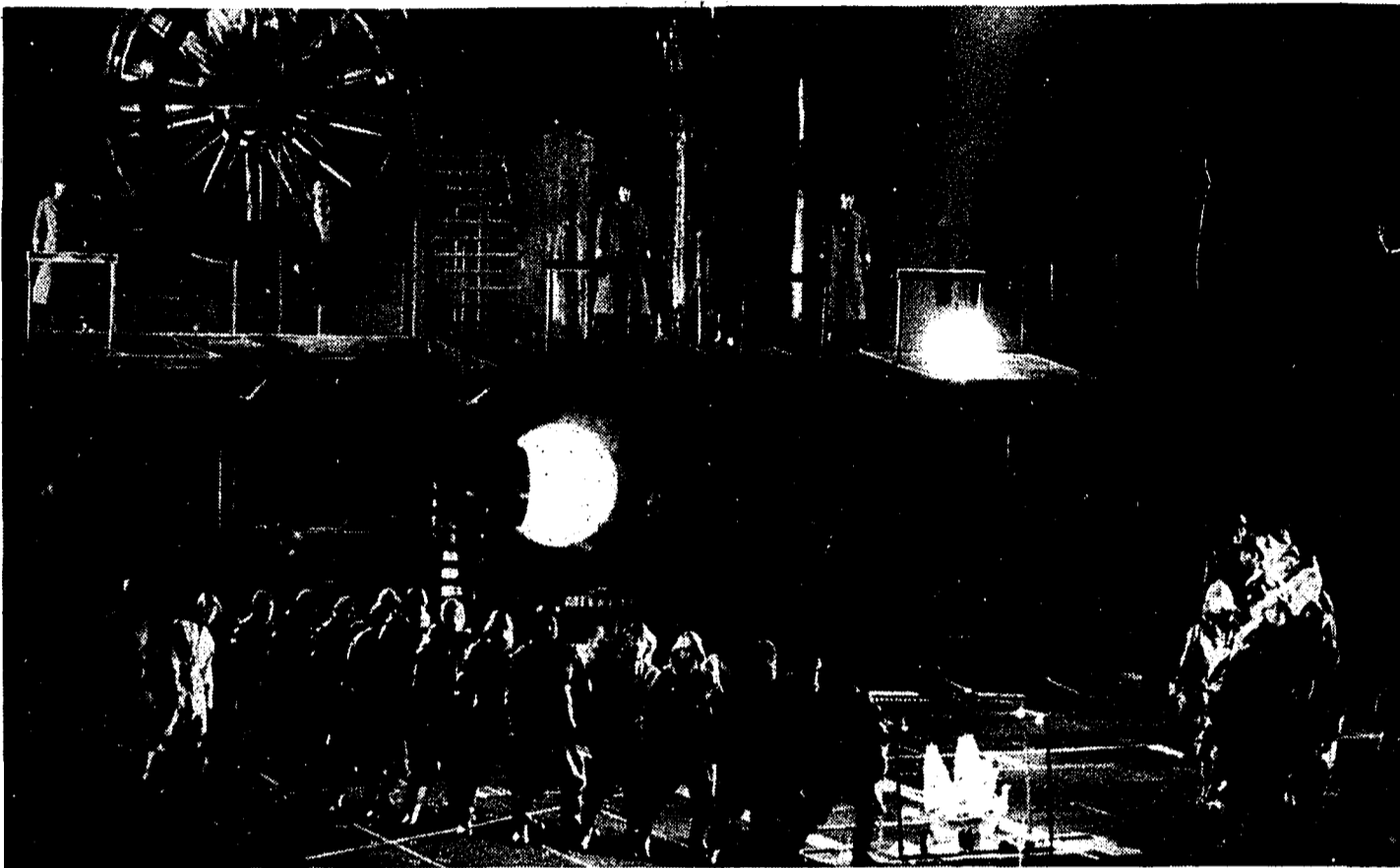
Die Bregenzer Festspiele werden am Freitag eröffnet – Oper «La Wally» im Festspielhaus und «Der fliegende Holländer» als Seespiel

Nebst den 20. Internationalen Meisterskursen, die bereits seit einer Woche in Liechtenstein im Gange sind, kündigt sich jetzt ein weiteres sommerliches Kulturereignis ersten Ranges praktisch «vor der Haustüre» an: die Bregenzer Festspiele 1990, die am Freitag eröffnet werden und bis 22. August dauern werden.

Als Spiel auf dem See wird die letztjährige Produktion des «Fliegenden Holländers» wiederholt. Die erste Vorstellung findet am kommenden Samstag statt, insgesamt sind bis zum Festspielende 23 Aufführungen geplant. Im Festspielhaus wird in diesem Jahr die praktisch unbekanntere Oper «La Wally» von Alfredo Catalani nach dem Roman «Die Geierwally» als österreichische Erstaufführung gespielt. Die Premiere ist am Freitagabend, weitere sechs Aufführungen stehen auf dem Programm. Auch im nächsten Sommer wollen die Bregenzer im Festspielhaus eine Rarität präsentieren: die slawische Oper «Mazeppa», die bei uns praktisch vergessen ist.

Rund um diese Schwerpunkte gibt es auch heuer eine Fülle von weiteren Veranstaltungen, teils ernster, teils sehr heiterer Natur – Kultur für jeden Geschmack also.

(Mehr über den diesjährigen Bregenzer Festspielsommer heute auf der Seite 5.)



Die moderne Interpretation und Umsetzung des «Fliegenden Holländers» als Spiel auf dem See bei den Bregenzer Festspielen wird vom Vorjahr übernommen. Bei dieser Szene erhält auch der Chor einen dramatischen Akzent.

1185 Liter Wasser täglich verbraucht

Im letzten Jahr wurden in unserem Land insgesamt 9,121 Millionen Kubikmeter Trinkwasser gebraucht. Davon entstammten 63 Prozent oder 5,686 Millionen Kubikmeter aus dem Grundwasser und 37 Prozent aus Quellen. Die öffentlichen Wasserwerke der Gemeinden lieferten total 8,1 Millionen Kubikmeter Wasser an die Verbraucher, eine Million Kubikmeter wurde von den privaten Grundwasserverbrauchern selbst gefördert. Der Wasserverbrauch teilt sich in 5,397 Millionen Kubikmeter für die privaten Haushalte, das Gewerbe und die öffentlichen Brunnen sowie in 3,724 Millionen Kubikmeter für die Industrie auf.

Bei einer Einwohnerzahl von 28 181 Personen belief sich der durchschnittliche Wasserverbrauch, wie das Amt für Gewässerschutz ermittelte, auf 1185 Liter pro Tag und Einwohner, einschliesslich des Verbrauchs für die Industrie (Vorjahr: 1201 Liter). Der grösste Verbrauchswert wurde mit 1,971 Millionen Kubikmetern Wasser in der Gemeinde Schaan registriert, dicht gefolgt von Balzers mit 1,913 Kubikmetern.

Die Trinkwasserproben des Amtes für Lebensmittelkontrolle zeigten im Berichtsjahr 1989 erstmals auch im Talgebiet verbraucherseitig einen relativ hohen Anteil von nahezu 20 Prozent zu beanstandeter Trinkwasserergebnisse in bakteriologischer Hinsicht. Im Alpengebiet lag der Anteil mit über 50 Prozent mikrobiologisch den Anforderungen an Trinkwasser nicht genügender Proben in bereits bekannter Grössenordnung.

Ukraine verabschiedet Souveränitätserklärung

Moskau (AP) Die Ukraine ist dem Beispiel anderer Sowjetrepubliken gefolgt und hat sich für souverän erklärt. Das Parlament verabschiedete nach Angaben der Moskauer Nachrichtenagentur TASS am Montag in Kiew eine Erklärung, in der das Recht der Ukraine auf eigene Streitkräfte und eigenständige Ausserbeziehungen bekräftigt wird. Ausserdem sind in Zukunft Bundesgesetze nur dann gültig, wenn sie nicht gegen ukrainische Gesetze verstossen.

Weiter heisst es, ukrainische Wehrpflichtige können ohne Einwilligung des Parlaments nicht zum Militärdienst ausserhalb der Republikgrenzen gezogen werden. Ziel der Ukraine ist es laut der verabschiedeten Erklärung, eine «ständig neutrale Regierung» zu schaffen, die keinem Militärblock angehört und ein Gegner der Produktion, Weiterverbreitung und Anwendung von Atomwaffen ist. TASS berichtete jedoch, dass sich die meisten Abgeordneten gegen einen Austritt der Ukraine aus der UdSSR ausgesprochen hätten. Souveränität dürfe nicht bedeuten, dass die bestehenden sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Verbindungen gebrochen würden, habe es geheissen.

Inntal-Brücke wird repariert

Innsbruck (spk/dpa) Die Baumassnahmen an der beschädigten Inntal-Autobahnbrücke bei Kufstein laufen auf Hochtouren. Die Freigabe der Bahnlinie und einer Bundesstrasse, die beide unter der Brücke durchfahren, dürfte dennoch nicht vor Freitag erfolgen. «Das Risiko ist immer noch zu gross» meinte ein Sprecher des Krisenstabes.

Am Montag wurden neben der Bahnlinie auf den Fundamenten Hilfs Pfeiler errichtet, um mit den Massnahmen zur Brücken-Abstützung beginnen zu können. Wie der Sprecher sagte, sei nach wie vor nicht ausgeschlossen, dass nach dem seit Freitag andauernden Stillstand des Pfeilers geringfügige Bewegungen auf der Brücke eintreten. Daher sei der Absturz von Brückenteilen beziehungsweise der Einsturz «nicht auszuschliessen».

Erwartungsgemäss kam es am Montag nach dem Lastwagen-Fahrverbot vom Wochenende zu einer Zunahme des Verkehrs in Tirol.

Anstieg der Beitragsleistungen um sechs Mio. Franken

Die Landesrechnung 1989 im Detail – Beitragsleistungen, Subventionen und Defizitanteile an Dritte

Die laufenden Beitragsleistungen, Subventionen und Defizitanteile, welche das Land in den meisten Aufgabenbereichen an Dritte und an öffentliche Körperschaften ausrichtet, sind 1989 gegenüber dem Rechnungsjahr 1988 um sechs Millionen Franken auf knapp 89,4 Millionen Franken angestiegen. Dies entspricht einer Wachstumsrate von 7,2 Prozent. Die Jahresteuern von 3,2 Prozent wurde damit erheblich übertroffen. Der Voranschlag indes von Beitragsverpflichtungen in Höhe von 95,3 Millionen Franken aus.

Im Aufgabenbereich der Regierung und Verwaltung ergaben sich Kreditstärken von knapp 0,3 Mio. Mit Zustimmung des Landtags wurde der Ausgabenrahmen für die Katastrophenhilfe zur Finanzierung eines Aufbauprojekts im Erdbebengebiet Armeniens zur Verdoppelung des Sammelergebnisses des Liecht. Roten Kreuzes um 0,3 Mio aufgestockt.

In analoger Weise hat die Regierung auf Ende des Kalenderjahres die Mittel für die Entwicklungshilfe um knapp 0,2 Mio erhöht, um dem Antrag des Liecht. Entwicklungsdienstes auf zusätzliche Förderung verschiedener Aufbauprojekte in Südamerika (Brasilien, Kolumbien) entsprechen zu können. Diese Mehrausgaben konnten durch geringere Aufwendungen für die Unterstützung kultureller und sportlicher Belange mehr als aufgefangen werden.

Bereich des Bildungswesens

Im Bereiche des Bildungswesens fielen die Subventionen gesamthaft um 1,5 Mio geringer aus, als nach dem Voranschlag anzunehmen war. Der Grossteil der Minderausgaben fällt dabei auf die Betriebskostenbeiträge für die Berufsschulen im Ausland, welche die Kreditlimiten um 0,7 Mio unterschritten. Hier ging der Voranschlag von einer deutlichen Erhöhung der Betriebskostenbeiträge, verursacht durch den Einbezug des Turn- und Sportunterrichts und durch die Reduktion der Wochenstundenzahlen für Lehrer, aus. Diese Kostenerhöhungen traten jedoch für das abgelaufene Jahr noch nicht in Kraft und führten damit im Zusammenwirken mit den sinkenden Lehrlingszahlen zu einer spürbaren Entlastung bei den Schulgeldbeiträgen. Um fast 0,4 Mio Franken geringer als budgetiert fielen auch die Stipendien aus, da die Zusiche-

Aufgabenbereich	Rechnung 1988	Voranschlag 1989	Rechnung 1989
Regierung, allg. Verwaltung	12 291 173	13 837 000	13 573 222
Bildungswesen	26 725 774	30 102 000	28 590 788
Land- und Forstwirtschaft	4 675 422	5 049 000	4 658 294
Gesundheitswesen	4 490 031	5 776 000	5 611 367
Sozialwesen	34 676 095	40 000 000	36 427 663
übrige Bereiche	522 397	564 000	507 924
Total Beiträge	83 380 892	95 328 000	89 369 258

rungen auf Gewährung von Ausbildungsbeihilfen, insbesondere von Seiten der Hochschüler, nur zum Teil in Anspruch genommen wurden. Ursache für die Verminderung des Defizitbeitrags an die Musikschule bildete in erster Linie der geringere Bedarf an Aushilfskräften und die verzögerte Besetzung der neuen Stelle eines Verwalters, was eine Reduktion der Personalaufwendungen um rund 0,2 Mio bewirkte. Schliesslich fiel auch der Defizitbeitrag für die Liecht. Ingenieurschule um 0,1 Mio geringer als erwartet aus, da die Entschädigung für die Dozenten und

Experten für die Erteilung des Unterrichts und für das Nachdiplomstudium nicht im angenommenen Umfang anstiegen.

Bereich des Gesundheitswesens

Im Bereiche der Landwirtschaft blieben 0,4 Mio der bereitgestellten Subventionskredite unausgeschöpft, obwohl die Förderungsbeiträge für die Milchwirtschaft als Folge eines weiteren Anstiegs der Verkehrsmilch um 0,1 Mio über den

(Fortsetzung auf Seite 2)

Mehr als eine Milliarde Menschen leben in Armut

Ihre Aussichten in 90er Jahren hängen auch vom Verhalten der Reichen ab – Zinsen als Angelpunkt

Washington (AP) Zur Zeit müssen weltweit mehr als eine Milliarde Menschen mit einem Jahreseinkommen von weniger als 370 Dollar (etwa 510 Franken) auskommen und liegen damit unter der Armutsgrenze. Wie die Weltbank in ihrem am Sonntag in Washington veröffentlichten «Weltentwicklungsbericht 1990» vorhersagte, wird die Armut in Afrika und Lateinamerika in den 90er Jahren dramatisch zunehmen, wenn die Bürger der Industriestaaten nicht sparsamer werden.

Die Fachleute der von 152 Staaten getragenen Weltbank setzen ihre Kausalkette beim Geld an: Wenn die Verschuldung vor allem der USA nicht abgebaut wird und die Sparneigung in den Industriestaaten nicht zunimmt, dann bleibt Geld weltweit knapp. Der Preis für Kredite, also die Zinsen, wird nach Einschätzung der Weltbank dann kaum unter sein hohes Niveau von 5,5 Prozent im Durchschnitt der 80er Jahre sinken. In den In-

dustriestaaten würde das Wirtschaftswachstum, das in den 90er Jahren auf durchschnittlich drei Prozent geschätzt wird, deswegen um 0,5 Prozent niedriger ausfallen. Weit gewichtiger sind jedoch die Folgen für die Entwicklungsländer:

- Ein schwächeres Wachstum der Industriestaaten würde die Nachfrage nach ihren Gütern drosseln.
- Die höheren Zinsen würden ihre Schuldenlast vergrössern, viele Ländern könnten die fälligen Zinsen nur mit weiteren Krediten bezahlen.
- Die Rohstoffpreise würden wahrscheinlich weiter sinken und so die Exporteinnahmen drosseln.
- Die Bereitschaft der Industriestaaten zur Leistung von Entwicklungshilfe würde sich weiter verringern.

Diese Auswirkungen bedeuten nach Schätzungen der Weltbank, dass das Wirtschaftswachstum der Dritten Welt im Schnitt um 0,7 Prozentpunkte niedriger ausfallen wird als die für die 90er

Malta beantragt EG-Mitgliedschaft

Brüssel (spk/dpa) Malta hat am Montag offiziell die Vollmitgliedschaft in der EG beantragt. Aussenminister Guido de Marco überreichte dem Präsidenten des EG-Ministerrates, dem italienischen Aussenminister Gianni de Michelis, in Brüssel das Antragschreiben. Nach der Türkei, Österreich und Zypern ist Malta der vierte Beitrittskandidat.

Die Inselrepublik hofft nach den Worten ihres Aussenministers und stellvertretenden Regierungschefs, dass die Beitrittsverhandlungen so schnell wie möglich, spätestens aber in fünf Jahren abgeschlossen seien.

Jahre geschätzte Steigerung von jährlich 5,1 Prozent. Dabei werden die regionalen Unterschiede immer grösser:

«Während Ost- und Südostasien, die Regionen mit der grössten Zahl von Armen, relativ unberührt blieben, würde Lateinamerika einen schweren Rückschlag erleiden und eine bereits untragbare Situation im Afrika südlich der Sahara noch schlimmer werden.»

Als aussichtsreichste Strategie zur Bekämpfung der Armut empfiehlt die Weltbank die Verfolgung zweier gleichgewichtiger Ziele: Zum einen «die Förderung einer produktiven Nutzung jenes Aktivums, mit dem die Armen am reichlichsten ausgestattet sind, nämlich ihrer Arbeitskraft» – zum anderen soziale Leistungen wie medizinische Grundversorgung, Familienplanung, Ernährung und elementare Schulbildung.